

Die "großen Volksparteien" im kleinen Nideggen

Am 23.04.15 lud die **CDU** alle ihre Mitglieder zur öffentlichen Wahl ihres Bürgermeisterkandidaten ein. 25 Mitglieder kamen und wählten einstimmig Peter Hüvelmann. Als die Stimmzettel für die anschließende Wahl zum 16-köpfigen Ortsvorstand verteilt wurden, stand ein Ratsmitglied auf keinem der Wahlvorschläge. Er ging. Da waren es noch 24!

Am 11.05.15 lud die **SPD** alle ihre Mitglieder zur "Wahl ihres Bürgermeisterkandidaten" ein. 12 Mitglieder kamen. Der Kandidat war auch gekommen. Er wollte sich aber nicht von der SPD vereinnahmen lassen. Er will parteilos bleiben und sich nur unterstützen lassen. Die Unterstützung erhielt er von 10 SPD-Mitgliedern. Die Einladung: Das war wohl ein Missverständnis?

Beide Veranstaltungen waren öffentlich. Die "Öffentlichkeit" war aber nur durch interessierte MFN-Beobachter vertreten. Die Vertreter der "großen Volksparteien" in Nideggen sollten erkennen können, wie sehr sie sich den Rückhalt bei ihren eigenen Mitgliedern – erst recht bei den Bürgern – verscherzt haben.

Das Interesse der Landtagsabgeordneten an der Gemeindefinanzierung

Für Landtagsabgeordnete gelten wohl zwei eisern einzuhaltende Regeln:

1. Vor der Wahl: "Ich werde mich für eine Verbesserung der Gemeindefinanzierung einsetzen".
2. Im Landtag: Irgend ein anderes Thema wählen!

Bei unvermeidlichen Berührungen mit der Basis gilt natürlich Regel 1.

MdL Rolf Seel (CDU) behauptete, die Landesregierung habe 2013 allein 150 Mio. € den "ländlichen Kommunen weggenommen und den Großstädten in die Taschen gestopft" und forderte per Mail an Nideggener: "Hier sollten Sie Ihre Nideggener Bürgerin und Grünen Abgeordnete Gudrun Zentis MdL fragen, wieso sie dieser massiven Umverteilung vom ländlichen in den städtischen Raum zugestimmt hat." **Dumm nur:** Die 150 Mio. € waren eine aus der Luft gegriffene Zahl. **Noch dümmmer:** Ausgerechnet 2013 erhielt Nideggen ca. 0,5 Mio. € mehr als im Vorjahr. Erst

nachdem er von uns darauf hingewiesen worden war, fragte er bei einer Mitarbeiterin nach. Die vage Antwort fand er selbst "unbefriedigend" und ergänzte: "Ich habe unseren kommunalpolitischen Sprecher gebeten, mir nähere Auskunft zu geben. Sobald mir diese Information vorliegt, werde ich Sie Ihnen übersenden." Wir warten wirklich nicht mehr auf diese Antwort.

MdL Peter Münstermann (SPD) nutzte die öffentliche Mitgliederversammlung der SPD um heftig gegen Landrat Spelthahn zu polemisieren und für sich als Landratskandidaten zu punkten. Er versprach, als Landrat würde er sofort die "zusätzlichen 7,5 Mio. €" aus den Landeszuweisungen 2015 an die Gemeinden weitergeben. Das klang gut. Den Genossen gefiel es! **Dumm nur:** Es gibt nichts zu verteilen! **Noch dümmmer:** Er hatte sich auf die SPD-Fraktion im Kreistag verlassen. Sie hatte einen entsprechenden Antrag gestellt und musste sich von der Kreisverwaltung erklären lassen: Bei Berücksichtigung aller Mehr/Minder-Einnahmen/Ausgaben und Zuweisungen/Umlagen geht die Rechnung Plus/Minus **NULL** auf. **Besonders peinlich:** Die wesentlichen Zahlen lagen den Kreistagsmitgliedern, die Sitzungsunterlagen lesen können und wollen, seit 04.11.2014 vor.

MdL Gudrun Zentis (Grüne), zum 2. Mal auf dem eher chancenlosen 29. Platz der Landesliste, schaffte es bei der letzten Wahl dann doch noch. Die vielen SPD-Direktmandate erlaubten den Grünen zum Ausgleich 29 Mandate. Seitdem hält sie von der letzten Sitzreihe im Landtag aus enge Verbindung zur Landesregierung und kann in Nideggen nützliche Ratschläge erteilen. **Dumm nur:** Das klappt nicht immer so richtig. Als Frau Göckemeyer eine Zeile für Einnahmen durch die Beteiligung der Nachbargemeinden am Schülertransport in den Sanierungsplan-Entwurf gesetzt hatte, erklärte ihr unser Fraktionsvorsitzender: "Auch wenn Sie noch ein 4. Ausrufezeichen dahinter setzen, daraus wird nichts." Frau Göckemeyer vertraute weiter auf ihren Informationsvorsprung. Die Zeile musste später doch gestrichen werden. **Noch dümmmer:** Wir hatten am 30.10.12 beantragt, dass der Rat über einen genehmigungsfähigen Sanierungsplan abstimmt. Frau Zentis beantragte die Streichung dieses Tagesordnungspunktes mit der Begründung: **"Wir haben einen Sanierungsplan."** Am 21.01.13 folgten dann nur noch die Herren Keß (SPD) und Klöcker (Unabhängige) der Bürgermeisterin nach Köln, um sich dort erklären zu lassen, dass man einen

Sanierungsplan nicht an der Überschrift, sondern an der letzten Zeile – die den Haushalts-Ausgleich nachweist – erkennt.

"PISA-Test 2" für Ratsmitglieder

Wir hatten beantragt: "Der Rat stellt fest: Der Artikel über Windkraftplanung am 25.04.2015 in Dürener Zeitung/Nachrichten enthält die Behauptung: 'So hatten z. B. Kreuzau und Nideggen ursprünglich über die gemeinsame Erschließung einer Konzentrationszone nahe Thum nachgedacht – bis sich der politische Wind in Nideggen gedreht hat.'

Diese Behauptung ist zumindest irreführend. Richtig ist: Zu keinem Zeitpunkt gab es in Nideggen einen Beschluss eines zuständigen politischen Gremiums zur Planung einer gemeinsamen Konzentrationszone mit Kreuzau beiderseits der Stadtgrenze. Also: Der 'politische Wind' hat sich in Nideggen nicht gedreht!"

Die beiden Zeitungen hatten kein Problem, eine Richtigstellung zu bringen. Es ging also um eine besonders einfach zu beantwortende Frage: War die Beschlusslage in der Presse falsch wiedergegeben? Sie konnte nur mit JA beantwortet werden.

- Wer mit **NEIN** oder **ENTHALTUNG** stimmte, stellte sich dumm. Mit NEIN stimmten: Erler, Heidbüchel, Müllejans (SPD) und Hans Gert Müller (Grüne). Mit ENTHALTUNG stimmten: Graßmann, Pastern, Manfred Hurtz (CDU).
- Mit **JA** stimmten: Edith Esser, M. Fischer, Klein, Hubert Müller, Nießen, van Londen (CDU), Heinrich Esser, Eveline Eßer, Floßdorf, Fritsch, Hönscheid, Meisenberg (MFN), Obladen, Hensch (FDP)
- **Keine Abstimmung:** Für dieses alberne, Nideggen-spezifisches Verhalten entschieden sich diesmal: Göckemeyer ("parteilos"), Cornely, Keß (SPD), Droste, Zentis (Grüne), Klöcker, Pörtner, Dirk Hurtz (Unabhängige).

Gewissenhaft und rein sachlich zu entscheiden, ist die selbstverständliche Pflicht aller Ratsmitglieder. Die namentliche Abstimmung zeigte, wer dazu nicht in der Lage ist. Wir veröffentlichen das Ergebnis, damit Sie sich fragen können, wer noch in der Lage ist, sein Ratsmandat "nach bestem Wissen und Gewissen" (Verpflichtungsformel) auszuüben.

Gäbe es einen **Sonderpreis für die dümmstmögliche Begründung**, müssten ihn sich

- **Gudrun Zentis** ("Ich weiß nicht worüber ich abstimmen soll") mit
- **Margit Göckemeyer** ("Ich bin für Pressefreiheit") teilen.

Windkraft Kreuzau

MdL Seel, CDU-Abgeordneter aus Kreuzau, nutzte die Mitgliederversammlung um der Nidegger CDU dafür zu gratulieren, dass sie Windräder verhindert habe. In Kreuzau könnte er noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Dort klammern sich die Fraktionsvorsitzenden Herr Dr. Nolten (CDU) und Frau Hohn (Grüne) eisern an ihren Plan, 200 m hohe Windräder an Nideggers Grenzen zu stellen. Nur die FDP zeigt klare Haltung.

Im Umweltausschuss demonstrierte Dr. Nolten das Ergebnis seines fleißigen Aktenstudiums. Er stellte zahllose Fragen an die Fachleute des von den Windkraftplanern bezahlten Planungsbüros. Er erhielt die gleichen Antworten, die er als "Vorschlag der Verwaltung" in seinen Unterlagen hatte. Diese Vorschläge stammten ja aus dem Planungsbüro. Frau Hohn nahm die zahlreichen Einwendungen "sehr ernst" und sorgte für 2-malige Vertagung um sie zu prüfen. Dann wurden die Pläne "durchgewunken". Neue Erkenntnisse zur Gesundheitsgefährdung durch Infraschall sind für die Kreuzauer kein Problem. Dr. Nolten: "Wir haben uns vor 3 Jahren für 800 m-Abstände entschieden – dabei bleibt es." Frau Hohn lässt den von den Windkraftplanern bezahlten "Schallgutachter" in den Umweltausschuss einladen. Er wird erklären, dass es noch keine verbindlichen Messwerte gibt. Während in Dänemark der Bau weiterer Windräder weitgehend gestoppt ist, gilt in Deutschland: Schnell bauen, bevor das geregelt wird. Fertige Windräder erhalten dann "Bestandsschutz".

Leichenhalle als Vereinsheim?

Wir haben nichts dagegen, die "entwidmete" alte Leichenhalle einer anderen sinnvollen Verwendung zuzuführen. In dem Überlassungsvertrag zwischen Stadt und Schützenbruderschaft ist aber – völlig anders als in anderen Verträgen – kein Verwendungszweck festgelegt. Wir stimmen einer schriftlichen Vereinbarung nicht zu, in der nichts konkret geregelt ist. Unsere Fraktion hat deshalb mit Enthaltung gestimmt.

Bei der Nutzung der Halle ist zu beachten:

- die unmittelbare Nähe zum Friedhof.
- die Erinnerungen an den Abschied Nahestehender, die der Anblick des Gebäudes bei Bürgern weckt.

Beides verbietet bestimmte Nutzungsmöglichkeiten! Viele Bürger hatten für unsere Haltung Verständnis, der Schützenchef - und Vorsitzende der CDU – nicht! Er verweigerte eine klare Aussage zur beabsichtigten Verwendung. Wir werden uns weiterhin bei allen Entscheidungen nicht von den Interessen einzelner Personen, Gruppen oder Vereinen leiten lassen.